

Deutschlands Verantwortung in der Welt

- Außenpolitischer Kongreß der CDU
am 15. Mai 1991 in Bonn

Teil I mit den Reden von Generalsekretär
Volker Rühle und Bundesverteidigungs-
minister Gerhard Stoltenberg

Teil II der Dokumentation wird Diskussions-
beiträge des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler
Helmut Kohl, enthalten.

Am 15. Mai hat die CDU einen großen außenpolitischen Kongreß unter dem Thema „Deutschlands Verantwortung in der Welt“ in Bonn durchgeführt. Mit rund 500 Gästen aus dem In- und Ausland gab es eine intensive Diskussion von fast sieben Stunden über die künftige Außenpolitik des geeinten Deutschlands.

Nach Reden von Generalsekretär Volker Rühle und Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg diskutierten unter Leitung des diplomatischen Korrespondenten der „Zeit“, Dr. Christoph Bertram, Vernon A. Walters (Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika), Rt. Hon. Christopher Patten MP (Vorsitzender der Conservative Party), Bernard Bosson (Centre des Démocrates Sociaux), Prof. Wjatscheslaw Daschtschew (Freie Universität Berlin), Andrzej Szczypiorski (Senator) und Karl Lamers MdB (Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag). Die Gäste äußerten dabei viel Zustimmung zur Außenpolitik Deutschlands, insbesondere im vergangenen Jahr. Sie sprachen aber auch klar die Erwartung aus, daß Deutschland jetzt eine größere Verantwortung für die Wahrung und Gestaltung des Friedens in Europa, aber auch darüber hinaus, übernehmen werde.

Am Nachmittag diskutierte Bundeskanzler Helmut Kohl mit vier Journalisten — mit Karen Breslau (Newsweek), Evgeni Bovkoun (Iswestija), David Marsh (Financial Times) und Jean-Paul Picaper (Le Figaro). Besonderes Interesse fand bei den Zuhörern, daß der Bundeskanzler sich in einem offenen Gespräch den fragenden Journalisten stellte.

Eine weitere Besonderheit war, daß auf diesem Kongreß gerade die europäischen Nachbarstaaten Deutschlands einbezogen worden sind. Kein Staat in Europa hat mehr Nachbarn als Deutschland. Deshalb sind aus den umliegenden Nachbarstaaten, so aus Frankreich und Großbritannien, aber auch aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, Gäste eingeladen worden, die sich mit viel Engagement an der Diskussion beteiligten. Auch den Journalisten wurde deutlich, daß die CDU die Diskussion über die außenpolitische Rolle des geeinten Deutschlands nicht allein führen will, sondern bereit ist, mit den Partnern und Freunden offen zu diskutieren.

Volker Rühle:

Die weltpolitische Verantwortung des geeinten Deutschlands

Im Namen der CDU Deutschlands darf ich Sie sehr herzlich zu unserem außenpolitischen Kongreß „Deutschlands Verantwortung in der Welt“ begrüßen. Neben den Teilnehmern an den Diskussionsrunden, begrüße ich insbesondere die anwesenden Botschafter, die Kollegen aus dem Bundestag, die vielen Experten aus Politik, Wissenschaft, aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich und natürlich auch die vielen Mandats- und Funktionsträger der CDU, die unserer Einladung gefolgt sind.

Da wir heute über die außenpolitische Verantwortung des geeinten Deutschlands in Europa und in der Welt diskutieren wollen, freue ich mich ganz besonders, daß auf unsere Einladung hin so viele Gäste aus den benachbarten Staaten Deutschlands gekommen sind. Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß wir diese Diskussion gerade mit unseren Nachbarn in Ost und West führen, da dem geeinten Deutschland für die Bewahrung und Gestaltung des Friedens in Europa eine besondere Verantwortung zukommt.

Dieses ist der erste außenpolitische Kongreß der CDU, nachdem Deutschland am 3. Oktober letzten Jahres wiedervereignet und souverän wurde. Deswegen möchte ich am Anfang zunächst ein Gefühl der Dankbarkeit zum Ausdruck bringen, daß die Geschichte dieses möglich gemacht hat. Aber Geschichte, das ist zu anonym und zu allgemein. Deswegen mein besonderer Dank den Verbündeten Deutschlands, die zunächst die Demokratie im Westen Deutschlands stabilisiert und die dann ganz entscheidend die Wiedervereinigung und die Souveränität unseres Landes möglich gemacht haben. Mein Dank auch, daß wir in diesem historischen Jahr in der Gestalt von Michail Gorbatschow einen politischen Führer in der Sowjetunion hatten, der in Wahrnehmung der Interessen seines eigenen Landes einen entscheidenden Anteil daran hatte, daß die Einigung Deutschlands möglich wurde.

Aber wer sich den historischen Prozeß anschaut, der wird auch sagen müssen: Ohne die Reformbewegungen in Polen, in Ungarn und der Tschechoslowakei, ohne die Dissidenten und Opponenten, ohne Reformkommunisten in den

Ländern wäre auch dieser Prozeß hier im Herzen Europas nicht möglich gewesen. Deswegen sollten wir diejenigen nicht vergessen, die, beginnend mit der Solidarność in Polen Ende der siebziger Jahre und in Prag mit der Charta 77, über einen langen Zeitraum für Freiheit und Menschenrechte in Europa gekämpft und ihren Anteil an der Herbeiführung der Einheit Deutschlands haben. Heute ist viel von den Schwierigkeiten in Deutschland die Rede, aber ich finde auch, auf einem außenpolitischen Kongreß sollte man sich vor Augen führen, daß wir vor zwei Jahren von dieser Situation nur geträumt haben. Die Schwierigkeiten, die wir heute haben, haben wir uns immer gewünscht. Ich finde, in diesem Geiste sollten wir auch die Schwierigkeiten bei der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands lösen.

Neben dem Gefühl der Dankbarkeit möchte ich als Generalsekretär der CDU aber auch das Selbstbewußtsein der CDU zum Ausdruck bringen, denn unsere Bundeskanzler von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl haben diesen Weg zur deutschen Einheit möglich gemacht. Sie haben kämpferisch daran festgehalten; Grund zum Selbstbewußtsein für die Partei angesichts dieser außen- und deutschlandpolitischen Leistung.

Heute wird kaum jemand bestreiten können, daß im vergangenen Jahr der Spalt nur sehr schmal war, der offenstand, um dieses historische Ergebnis zu erreichen und all diejenigen, die wie die Sozialdemokraten Langsamkeit und Bedächtigkeit gepredigt haben, geben heute zumindest privat mehr oder weniger zu, daß es die Union war, die diese große historische Chance des letzten Jahres genutzt hat. Ich glaube, auch das ist Anlaß zum Selbstbewußtsein für die Partei.

Es gab auch andere Stimmen aus dem Bereich der Koalition, die im Laufe der schwierigen Verhandlungen bereit waren, zu akzeptieren, daß der Tag der deutschen Einheit abgekoppelt wird vom Tag der Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands, und auch dieses haben die Politiker der Union, allen voran der Bundeskanzler, verhindert. Das ist ebenfalls Grund für die Partei, mit Selbstbewußtsein auf das zu schauen, was wir erreicht haben.



Lassen Sie mich meine Ausführungen mit dem Zitat eines der besten ausländischen Kenner deutscher Verhältnisse beginnen. Der britische Historiker Timothy Garton-Ash schrieb zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober letzten Jahres, ich zitiere:

„Der deutsche Adler ist seiner Fesseln ledig. Er hat seine Flügel ein bißchen bewegt und ein paar freundliche Schreie ausgestoßen. Wird er nun die Flügel ausbreiten und sich in die Höhe schwingen — diesmal nicht um anzugreifen, sondern um zu helfen? Oder wird er — wie der von Kanzler Helmut Schmidt dem Washingtoner Zoo geschenkte Adler — mürrisch auf seiner Stange sitzen bleiben, sein reichliches Futter vertilgen und sich mit seinem großen Schnabel gleichgültig im Brustgefieder zausen?“

Ich finde, dieses farbige Bildnis umschreibt sehr gut die Fragestellung, die wir Deutschen jetzt beantworten müssen. Sie lautet: Wie normal wollen wir als wiedervereinigtes Land im Vergleich zu unseren Nachbarn sein? Und: Wie weit sind wir bereit, unsere gewachsene Verantwortung zu akzeptieren?

Das vereinte Deutschland hat in Europa, im atlantischen Bündnis und weltweit einen neuen politischen Stellenwert im Vergleich zum geteilten Deutschland:

- Deutschland ist nicht mehr geteilter Frontstaat an der Nahtstelle eines politisch, ideologisch und militärisch geteilten Kontinents, sondern es befindet sich in der Mittellage des offenen, durch Freizügigkeit geprägten Europa.
 - Mit dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation sind Kräfte frei geworden, die durch den Rüstungswettlauf und durch die für Menschen und Waren eingeschränkte Freizügigkeit gebunden waren.
 - Vor allem aber kann und muß Deutschland seit dem Wiedererlangen seiner vollen Souveränität wieder frei entscheiden und handeln wie jeder andere souveräne Staat. Das bedeutet zugleich, daß es nun nicht mehr die Möglichkeit gibt, sich hinter dem Deckmantel der eingeschränkten Souveränität zu verstecken, wenn es gilt, außenpolitische Verantwortung zu übernehmen.
 - Und die bereits zuvor schon bedeutsame wirtschaftliche Leistungskraft und die finanzielle Stärke der Bundesrepublik Deutschland haben durch diese Veränderungen eine neue Qualität erhalten.
- Unsere wirtschaftliche, technologische und finanzielle Leistungsfähigkeit und unsere wiedererlangte volle Handlungsfähigkeit lassen eine Selbstbeschränkung deutscher Außenpolitik nach dem alten Muster nicht mehr zu.

Deshalb ist es notwendig, daß sich das wiedervereinigte Deutschland seiner politischen Bedeutung in der Weltpolitik bewußt ist. Das heißt aber nichts anderes, als daß Deutschland sich der Realität seiner Macht stellen und der daraus herrührenden Verantwortung gerecht werden muß.

Verantwortung bedeutet die Verpflichtung, unsere Gestaltungsmöglichkeiten für die Stärkung von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie in der Welt zu nutzen und den weniger entwickelten Ländern zu helfen.

Deshalb ist es falsch, wenn Verantwortung und Macht immer wieder als Gegensatz dargestellt werden. Gerade die Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten haben doch einmal mehr beispielhaft gezeigt, daß es zur politischen Verantwortung in der Weltpolitik auch gehört, zur Konflikteindämmung und zur Durchsetzung des Völkerrechts alle friedlichen Machtmittel einzusetzen — aber im äußersten Fall auch den militärischen Einsatz nicht zu verweigern.

Wer während der Golfkrise erklärt: „Niemand sollte beklagen, wenn Deutsche in Fragen von Krieg und Frieden nachdenklich sind und nicht unbedenklich“ — denkt nicht nur in falschen Alternativen, sondern postuliert eine besondere deutsche Moralität im Vergleich zu unseren westlichen Verbündeten.

Über die neue Rolle Deutschlands in der Weltpolitik müssen wir die politische Diskussion in der Substanz führen. Wir müssen unseren Bürgern die aus dieser neuen Rolle herrührende Verantwortung und unser Eigeninteresse an ihrer Wahrnehmung verständlich machen.

Deutschland hat — dessen bin ich mir sicher — seine Lektion aus seiner „Machtbessenheit“ gründlich gelernt. Doch mit „Machtvergessenheit“ — wie es H.P. Schwarz formuliert — werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht werden. Vielmehr ist es notwendig, daß wir uns mit Gelassenheit und Vernunft, aber auch mit Entschlossenheit der Realität unserer Macht und der Verantwortung stellen. Dieser Verantwortung müssen wir nicht zuletzt aus deutschem und europäischem Interesse gerecht werden.

Denn Krisen und Konflikte außerhalb Europas, Flüchtlingsströme in Folge von Mißachtung der Menschenrechte und von Unterentwicklung, global sich auswirkende Umweltzerstörung und die wachsende gegenseitige Abhängigkeit der Staaten — dies alles wirkt sich direkt oder indirekt auf uns aus — ist unser Schicksal.

Deshalb liegt es in unserem Eigeninteresse, aktiv zu größerer internationaler Stabilität, zur Stärkung von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie beizutragen und den weniger entwickelten Ländern zu helfen.



Lassen Sie mich dazu in der Kürze der Zeit meine Ausführungen auf die aus meiner Sicht wichtigsten Herausforderungen beschränken:

Erstens: Deutsche und europäische Integration

Die Herstellung der inneren Einheit Deutschlands ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik — nach innen wie nach außen. Nach innen: Das braucht keine weitere Erklärung. Aber richtig ist auch: Ohne eine zügige und erfolgreiche „deutsche Integration“ gäbe es Probleme für die internationale Handlungsfähigkeit und das außenpolitische Gewicht Deutschlands.

Wie soll die Integration Europas funktionieren ohne eine erfolgreiche deutsche Integration?

Für die Umwandlung einer kommunistischen Kommandowirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft gibt es bisher keinen Präzedenzfall. Wir Deutschen können diesen Wandel unter materiell ungleich besseren Voraussetzungen

vollziehen als beispielsweise die Polen, die Ungarn, die Tschechen und die Slowaken.

Je erfolgreicher wir diesen Wandel schaffen, desto stärker wird die Ermutigung für diese Länder sein und unsere Hilfsfähigkeit ihnen gegenüber.

Die Verwandlung von Diktatur und sozialistischer Planwirtschaft in Demokratie und Soziale Marktwirtschaft ist von strategischer Bedeutung für die weitere Entwicklung in Europa und darüber hinaus.

Der polnische Finanzminister Balcerowicz hat neulich die Schwierigkeit dieser Aufgabe beschrieben: Der Übergang von der Marktwirtschaft zur Kommandowirtschaft ist, wie wenn man ein Aquarium in Fischsuppe verwandelt. Man braucht es nur zu kochen. Die Frage ist, ob der Prozeß umgekehrt werden kann: Kann man aus einer Fischsuppe wieder ein Aquarium machen?

Zweitens: Wohlstandsgraben darf nicht tiefer werden

Stabile politische und ökonomische Verhältnisse in den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa haben nicht nur für unser Land, sondern für den gesamten Westen eine hohe sicherheitspolitische Bedeutung. Sie tragen mehr als jedes Abrüstungsabkommen zur Gestaltung der europäischen Friedensordnung bei.

Doch deren politische und wirtschaftliche Stabilität ist noch nicht gesichert. Ohne wirtschaftliche Gesundheit drohen soziale Spannungen, die leicht zu Radikalisierungen führen können.

Gefährdungen ergeben sich aber auch, wenn der Wohlstandsgraben zu den westlichen Industrienationen tiefer wird.

Insbesondere die Polen, die Ungarn und die Tschechen und Slowaken brauchen deshalb schon jetzt die Gewißheit, daß sie ihren Platz in der Europäischen Gemeinschaft finden werden. Und deshalb ist es unsere Aufgabe und nicht nur die der Deutschen allein, **phantasievoll** nach zusätzlichen Wegen zu suchen, wie wir diesen Ländern die „Heimkehr nach Europa“ erleichtern und verkürzen können.

Deshalb stellt sich für mich die Frage, warum denn diese Länder nicht schon vor ihrer Vollmitgliedschaft beispielsweise in die Arbeit der EPZ **einbezogen** werden könnten? Gibt es dafür nicht eine Vielzahl von Themen, die uns gemeinsam betreffen und bei denen wir bereits eine gemeinsame Sprache sprechen? Und wäre ein solcher Schritt nicht gerade auch mit Blick auf das sicherheitspolitische Vakuum, das mit der Auflösung des Warschauer Paktes entstanden ist, ein Schritt von mehr als nur Symbolwirkung?

Oder würde nicht beispielsweise ein Beobachterstatus im Europäischen Parlament nicht nur den jungen Demokratien in Ost-Mittel-Europa ein

wertvolles Informationsnetz bieten, sondern für alle Beteiligten auch zum besseren gegenseitigen Verständnis der jeweiligen Probleme beitragen? Wäre es deshalb nicht sinnvoll, diesen Staaten ein Recht auf Anhörung in den Ausschüssen bei den sie betreffenden Fragen einzuräumen?

Wenn wir phantasievoll nach Wegen suchen, mit denen wir vermeiden können, daß der Wohlstandsgraben zwischen den Industrienationen und den jungen Demokratien in Ost-Mittel-Europa tiefer wird, stellt sich dann nicht auch die Frage, ob nicht die EG das Gebiet beiderseits der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechoslowakischen Grenze als Sondergebiet ausweisen und gezielt fördern sollte?

Denn die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung darf nicht an der Grenze halt machen, sondern muß über sie hinausgehen, damit auf beiden Seiten eine möglichst gleichgewichtige Entwicklung erfolgt.

Ich bin mir bewußt, daß solche Schritte eine Bevorzugung gegenüber anderen Staaten bedeuteten, die schon länger auf den Beitritt warten und dafür auch noch deutlich bessere Voraussetzungen mitbringen.

Aber ich glaube, daß die besondere und schwierige Situation der jungen Demokratien und die Bedeutung ihres Erfolges für uns alle unkonventionelle Überlegungen erfordert.

Drittens: Den Wandel in der Sowjetunion fördern

Die Reformentwicklungen in der Sowjetunion haben eine zentrale Bedeutung für die Stabilität in ganz Europa.

Wir haben ein Grundinteresse an einer demokratischen Entwicklung in der Sowjetunion. Deshalb werden wir sie bei ihren Reformen auch weiterhin unterstützen. Wir betrachten die Sowjetunion auch als Partner für den Aufbau eines neuen, sicheren Europas.

Es liegt im Interesse des Westens insgesamt, in der Sowjetunion den Wandel insbesondere bei der Demokratisierung, der Gewährleistung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowie den Wirtschaftsreformen zu fördern. Denn ein Scheitern des Reformprozesses würde für den Frieden in Europa neue Risiken aufwerfen.

Der Westen sollte nicht vergessen, daß es die Politik Gorbatschows war, die die Veränderungen und die neuen Chancen in Europa, aber auch in der Weltpolitik möglich gemacht hat. Wir haben viel Geld für die Rüstung ausgeben müssen, um ein ausreichendes Gegengewicht zur sowjetischen militärischen Überlegenheit zu schaffen. Jetzt sollte der Westen in den Wandel in der Sowjetunion investieren. Das dient nicht zuletzt auch unseren Sicherheitsinteressen.

Viertens: Keine deutsche Sonderrolle

Unsere Chance für die Friedensgestaltung in Europa werden wir nur dann wirklich nutzen können, wenn wir uns auch in angemessener Form unserer Verantwortung zur Friedenserhaltung außerhalb Europas stellen. Denn Europa wird nicht eine Insel der Stabilität bleiben, wenn die Welt ringsum von Krisen und Konflikten geschüttelt wird.

Selbstverständlich werden die deutschen Streitkräfte weiterhin den Schwerpunkt ihres Auftrages in der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa haben.

Aber es liegt in der Konsequenz der gewachsenen Verantwortung unseres Landes, daß deutsche Streitkräfte im Rahmen multinationaler Truppenverbände auch bei der Friedenssicherung, bei der Behauptung der Freiheit und der Durchsetzung des Völkerrechts außerhalb Europas helfen.

Bei dieser Frage geht es um wesentlich mehr als nur um das Ansehen unseres Landes in der internationalen Gemeinschaft.

Es geht zum einen um die grundsätzliche Frage, wie grundlegend wir uns in unserem Selbstverständnis als wiedervereinigtes, souveränes Land auf Dauer von vergleichbaren Demokratien in Europa unterscheiden dürfen.

Es geht dabei zum zweiten um die Zukunft Europas. Wer das vereinte Europa bauen will, der darf nicht auf einer Sonderrolle Deutschlands in wichtigen außenpolitischen Fragen bestehen. Ich bin fest davon überzeugt, daß es erhebliche Konsequenzen für den Einigungsprozeß in Europa hätte, wenn wir Deutschen uns auf Dauer von unseren europäischen Nachbarn unterscheiden wollten. Europa wird nur dann wirklich funktionsfähig sein und damit seine Interessen zur Geltung bringen können, wenn über die Wirtschafts- und Währungsunion hinaus mit einer gemeinsamen Außenpolitik auch die Verteidigung zur europäischen Gemeinschaftsaufgabe gehört.

Wer es ernst meint mit der Forderung nach einer „europäischen Verteidigungsidentität“, der muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir zusammen mit unseren europäischen Nachbarn europäische Sicherheitsinteressen auch außerhalb Europas wahrnehmen können. Die deutsche Politik muß hier endlich Klarheit schaffen.

Es geht schließlich auch um die Wirksamkeit der Vereinten Nationen als Instrument der Friedenswahrung in der Welt: Wenn es unser gemeinsames Ziel ist, die Rolle der UNO zu stärken, dann können wir ihr nicht den notwendigen Beitrag zur Konflikteindämmung und zur Durchsetzung des Völkerrechts verweigern.

Eine klarstellende Ergänzung des Grundgesetzes in dieser Frage ist deshalb unumgänglich. Wir müssen die Auseinandersetzung um diese Problematik so führen, daß am Ende eine eindeutige Formulierung in der Verfassung steht.

Wenn wir diese notwendige Auseinandersetzung nicht führen, bekommen wir einen gefährlichen Dauerstreit um die Interpretation der Verfassung, der die Politik letztlich handlungsunfähig macht. Dies aber ist eine Frage, die vom Parlament und nicht vom Bundesverfassungsgericht gelöst werden muß.

Die klarstellende Ergänzung des Grundgesetzes muß sicherstellen, daß wir Deutschen in Fragen der Sicherheitspolitik nicht durch die Verfassung gebunden sind, eine grundsätzlich andere Position einnehmen zu müssen als unsere Partner in der Europäischen Gemeinschaft. Jede andere Lösung würde Deutschland in eine isolierte Position manövrieren.

Gerade in dieser so schwierigen, aber außenpolitisch so entscheidenden Frage sehe ich bisher in Deutschland keine andere politische Kraft als die Union, die dieser Herausforderung gerecht wird.

★ ★ ★

Zur weltpolitischen Verantwortung Deutschlands gehört nicht zuletzt auch die tatkräftige Hilfestellung für die Staaten der Dritten Welt. So groß auch die Probleme und finanziellen Belastungen im Hinblick auf den Osten Deutschlands und den Osten Europas sind, — wir werden deshalb nicht in unserem Engagement für die Entwicklungsländer — und hier vor allem für die Ärmsten der Armen — nachlassen.

Hilfe für die Menschen in der Dritten Welt ist nicht nur ein selbstverständliches Gebot der Menschlichkeit, sondern auch ein Beitrag dazu, unsere Welt friedlicher und freiheitlicher zu machen. Demokratie kann um so besser gedeihen, je besser es den Menschen auch in materieller Hinsicht geht. Und Frieden kann nur dort geschaffen werden, wo nicht erbitterte Verteilungskämpfe um das tägliche Überleben geführt werden.

Die von mir angesprochenen Herausforderungen machen deutlich, daß Deutschland noch in diese, aus seiner gewachsenen Verantwortung resultierende neue Rolle hineinwachsen muß. Sie machen aber auch deutlich, daß wir uns — schon in unserem eigenen Interesse — diesen Herausforderungen nicht verweigern können.

Doch ich meine, daß es ein gutes Fundament gibt, von dem aus wir diese Herausforderungen bewältigen können: Es ist unsere Partnerschaft in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis. Sie waren bisher Fundament und Rückhalt, mit denen wir schließlich die deutsche Einheit erreichen konnten. Sie werden auch weiterhin die Pfeiler sein, auf die sich unsere Außenpolitik stützen wird.

Gerhard Stoltenberg:

Sicherheitspolitische Herausforderungen für das geeinte Deutschland

Diese außen- und sicherheitspolitische Standortbestimmung unserer Christlich Demokratischen Union erfolgt auf dem Hintergrund dramatischer und weitreichender Veränderungen in Europa und über unseren Kontinent hinaus. Über Jahrzehnte hinweg scheinbar unveränderliche Konstanten existieren nicht mehr. Dazu gehören die machtpolitische und ideologische Teilung Europas wie Deutschlands, der fundamentale Gegensatz der Weltmächte USA und Sowjetunion, das Ringen um Hegemonie in weiten Teilen der Dritten Welt.

Überraschend schnell setzten sich die demokratischen Bürger- und Freiheitsbewegungen im bisherigen Herrschaftsgebiet der Sowjetunion in Ost-, Mittel- und Südosteuropa durch, der Eiserne Vorhang verschwand. Die sich entwickelnde Kooperation zwischen Westen und Osten, vor allen Dingen zwischen den USA und der Sowjetunion, bewirkten eine eindeutige Stärkung der Vereinten Nationen und weckte bei manchen Hoffnungen auf eine konfliktfreie und harmonische Zukunft.

Die letzten sechs Monate haben dann neue Konfliktfelder und Spannungen sichtbar gemacht und zu einer mehr realistischen Betrachtung der Sicherheitsprobleme in der Welt von morgen geführt. Die innere Krise der Sowjetunion verschärfte sich in gefährlicher Weise. Weder wurden die Verfassungsfragen des großen Vielvölkerstaates gelöst, noch sind überzeugende Schritte für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsreform getan worden. Dies erschwerte auch die schweren ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme der jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas.

In Moskau ist der Einfluß der überkommenen Kräfte des alten Systems wieder angewachsen; ein labiles Nebeneinander reformerischer und restaurativer Gruppierungen macht jede sichere Prognose gegenwärtig unmöglich. Einzelne Staaten, vor allem Jugoslawien, sind unmittelbar vom Bürgerkrieg bedroht, und Lech Walesa sprach warnend von der Gefahr eines neuen „Silbernen Vorhangs“ zwischen den reichen und den armen Nationen in Europa.

Golfkrise und Golfkrieg haben uns mit der harten Realität konfrontiert, daß in der Nachbarschaft Europas militärische Übermacht und Gewalt weiter als Mittel zur Durchsetzung expansiver imperialistischer Ziele dienen können.

Diese kurzen Hinweise zeigen, daß in unserer Zeit Sicherheitspolitik und Verteidigungsfähigkeit auch unter den veränderten Bedingungen zentrale Voraussetzungen für die Behauptung von Frieden und Freiheit bleiben. Wir wollen die Errungenschaften der letzten Jahre bewahren, sichern und ausbauen. Das gilt für die grundlegend verbesserten Beziehungen zu den neuen unmittelbaren Nachbarn des vereinten Deutschlands im Osten ebenso wie zur Sowjetunion. Es gilt auch für eine breite, auf neue Verträge gestützte Zusammenarbeit in ganz Europa, für Rüstungskontrolle und neue Mechanismen zur Vertrauensbildung.

Sicherheitspolitik muß in der immer stärker werdenden Verflechtung von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und auch nationalen Konflikten umfassender definiert werden als allein durch die weiterhin wichtige militärische Sicherheitsvorsorge. Die neunziger Jahre drohen, bei allen Fortschritten in den internationalen Beziehungen, zu einem Jahrzehnt der größten Flüchtlingsströme aller Zeiten zu werden, wenn es nicht gelingt, die Weichen für eine wirklich stabile Friedensordnung, übergreifende Zusammenarbeit zwischen wohlhabenden und armen Nationen und damit auch einer nachhaltigeren externen Hilfe zur Selbsthilfe zu stellen. Die gegenwärtige dramatische Situation im Nahen Osten nach dem schnellen erfolgreichen Ende des Golfkrieges gibt hierfür eindringliche Anschauung.

Bei allen Warnungen vor Selbstgefälligkeit und Illusionen — wir Deutschen haben Grund zur Dankbarkeit für die überaus schnelle Verwirklichung der Einheit unseres Landes und die neuen positiven Beziehungen zu unseren Nachbarn im Osten. Wesentliche Voraussetzungen dafür sind in der Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Helmut Kohl seit 1982 geschaffen worden. Unsere nachhaltigen Initiativen zur Stärkung der NATO, insbesondere in der Durchsetzung des Doppelbeschlusses der Allianz, ebenso wie für den dynamischen Ausbau der Europäischen Gemeinschaft haben die Solidarität der Verbündeten gestärkt und die Einsicht in der Sowjetunion gefördert, daß der frühere Kurs der Überrüstung und Konfrontation unter dem Vorzeichen wachsender innerer Krisenerscheinungen nicht mehr durchzuhalten war. Wesentliche Zielvorstellungen der Union aus ihren programmatischen Diskussionen der siebziger und achtziger Jahre konnten so Wirklichkeit werden. 1978 haben wir im Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union erklärt:

„Der Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung der Völker ist Grundlage unserer Deutschland- und Außenpolitik. Unsere Hauptziele sind: Überwindung der Teilung Deutschlands, Einigung Europas, verantwortungsbewußte Mitarbeit im Atlantischen Bündnis und am Aufbau einer stabilen und menschenwürdigen internationalen Ordnung, die allen Menschen

die Chance der Freiheit geben soll. In unserer Außen- und Deutschlandpolitik treten wir für die Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen Welt ein.“

Wenige Absätze weiter heißt es:

„Wir wollen mit unseren östlichen Nachbarn in Frieden leben. Daher sind wir zu fairer Zusammenarbeit mit allen Regierungen des Ostblocks bereit. Wir wollen wirksamen und dauerhaften Abbau bestehender Spannungen und unbehinderte freundschaftliche Beziehungen mit den Völkern Mittel-, Ost- und Südosteuropas.“

„Dabei treten wir für die Verwirklichung der Menschenrechte für alle Menschen ein. ... Als Bürger eines freien Landes ist uns das Schicksal der Menschen, die in Unfreiheit leben, nicht gleichgültig.“

Was damals vor allem im Bekenntnis zur Verwirklichung der staatlichen Einheit Deutschlands von unseren Kritikern innerhalb und außerhalb der SPD als Illusion oder gar als „Friedensunfähigkeit“ und Gefährdung der Entspannung hart angegriffen wurde, hat sich zwölf Jahre später als schöpferische und zukunftsweisende Konzeption bewährt. Die Union wurde Schrittmacher dieser Politik, und sie findet ihre wichtigsten Antriebe und Überzeugungen in den Ergebnissen wieder. Ich unterstreiche dies zu einem Zeitpunkt, in dem wir in einigen Äußerungen aus den eigenen Reihen zuviel an Klagen über ein angebliches Defizit im außen- und sicherheitspolitischen Einfluß vernehmen.

Wir wollen auch in Zukunft gestaltende Kraft entwickeln, wenn wir über den Tag hinaus die Grundtendenzen der internationalen Politik erkennen und frei von Stimmungsschwankungen des Tages, insoweit frei vom modischen Zeitgeist, unsere Zielvorstellungen konsequent begründen und umsetzen. Die Europäische Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis bleiben die wichtigsten Fundamente deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Wer in der Hochstimmung des Frühjahrs 1990 meinte, die NATO werde überflüssig oder bald in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem aufgehen, hat sich getäuscht.

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit ist, vor allem auch aufgrund deutscher Initiativen, das dritte wichtige Forum übergreifender Zusammenarbeit geworden, hier unter voller Beteiligung aller europäischen Staaten ebenso wie der USA und Kanadas. Sie hat eine eigenständige komplementäre Aufgabe neben EG und NATO. Sie ist keine Alternative zu ihnen.

Gerade wenn wir von dem eingangs erwähnten erweiterten Sicherheitsbegriff ausgehen, wird in der Welt von morgen die enge transatlantische Bindung zwischen Westeuropa und Nordamerika mindestens genauso wichtig sein wie bisher. Dies gilt im militärischen Bereich, weil wir Perioden erneuter Spannungen in Gesamteuropa nicht ausschließen können, weil die Gefahr der

Proliferation von Massenvernichtungswaffen in Schwellenländer gewachsen ist. Dies ist eine eindringliche Lehre aus der Golfkrise, die nicht vergessen werden darf. Der Golfkrieg hat verdeutlicht, daß schwere regionale Konflikte in der Nachbarschaft Europas in vorausschaubarer Zeit nur durch einen überragenden militärischen Beitrag der USA eingedämmt und, falls unabweisbar, gelöst werden können.

Darüber hinaus kann nur durch engere transatlantische Partnerschaft ein erfolversprechender Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kooperation mit den durch Krisen und Spannungen gefährdeten Entwicklungsländern geleistet werden.

Der dringend wünschenswerte stärkere politische Einfluß der Europäer setzt auch das Vermögen und die Bereitschaft voraus, mehr Verantwortung im militärischen Bereich zu übernehmen. Die Regierungsgespräche über eine Politische Union durch Ergänzung der EG-Verträge beziehen zu Recht die Sicherheitspolitik und in einer mittelfristigen Perspektive die Verteidigungspolitik ein. Wir reden jetzt also über eine europäische Identität im Bereich der Sicherheit. Sie legitimiert sich aus der Perspektive der dynamischen und umfassenden politischen Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft. In einer Politischen Union, die diesen Namen verdient, kann sich militärische Macht nicht mehr nur national definieren. Eine nationale Autonomie traditioneller Prägung im Bereich der Verteidigung würde auch den Sicherheitsaufgaben der Zukunft nicht entsprechen.

Die heutige Situation ist jedenfalls unbefriedigend. So arbeiten die europäischen Mitgliedstaaten der NATO in der EUROGROUP zusammen, aber ohne Frankreich. Die Verteidigungsminister der NATO beraten regelmäßig in der Nuklearen Planungsgruppe, ebenfalls ohne Frankreich, eine der drei Nuklearmächte des Bündnisses. Frankreich arbeitet dagegen voll in der Westeuropäischen Union mit, aber vier andere europäische NATO-Mitglieder nicht. Und in der EG sind weder alle WEU- noch alle europäischen NATO-Partner präsent.

Bei der Entwicklung einer Sicherheitskomponente der Politischen Union soll die WEU eine wichtige Rolle spielen. Sie hat eine klare vertragliche Grundlage. Es gibt gewachsene Beziehungen zur NATO. Sie kann daher eine enge Verbindung mit der Atlantischen Allianz gewährleisten, ohne zu dieser in Konkurrenz zu treten.

Allerdings setzt eine solche Entwicklung die Bereitschaft und Fähigkeit aller Mitgliedstaaten voraus, neben gleichen Rechten auch gleiche Pflichten zu übernehmen. Dies macht für Deutschland die von der Bundesregierung angestrebte Erweiterung unserer Handlungsmöglichkeiten für kollektive militärische Maßnahmen so wichtig. Ohne die Bereitschaft, dies sowohl im Rahmen einer Politischen Union durch eine entsprechende Ausgestaltung des Vertragswerkes als auch im Rahmen der UNO durch eine klarstellende

Verfassungsergänzung auch bei gemeinsamen Militärmissionen zu tun, würde unsere Glaubwürdigkeit, international für Freiheit und Recht einzutreten, empfindlich eingeschränkt.

Alle großen demokratischen Parteien haben sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder für die Stärkung der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaft auch in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik ausgesprochen. Es wäre ein schwerwiegendes Versagen der Sozialdemokratie, wenn sich jetzt, wo erstmals die Chance zur Realisierung beider Ziele besteht, bei ihnen eine neue „Ohne-uns“-Haltung durchsetzen würde.

Die neuen Strukturen der Politischen Union und der Westeuropäischen Union sollen, wie Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Francois Mitterrand in ihrer gemeinsamen Initiative hervorheben, die NATO stärken. Dies erfordert, daß die Meinungsbildung zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen, die Europa und Nordamerika gemeinsam berühren, auch in Zukunft vorrangig in den politischen Gremien der Allianz erfolgt. Die Streitkräfte der USA in Europa gehören auch weiterhin in den Integrationsverbund und in die neu zu schaffenden multinationalen Formen.

Angesichts der Erfahrung des Golfkrieges und der neuen Instabilitäten in Osteuropa haben Europäer und Amerikaner ein gemeinsames Interesse an einer verringerten, aber weiterhin substantiellen militärischen Präsenz der Vereinigten Staaten im konventionellen und nuklearen Bereich auf unserem Kontinent.

Die Bereitschaft zur umfassenden politischen Zusammenarbeit über die Grenzen von EG und NATO hinaus und die Stärkung unserer Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit sind keine Gegensätze, sondern zwei Hauptelemente einer ebenso innovativen wie realistischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Unter diesen Vorzeichen behalten die Bundeswehr und der Dienst unserer Soldaten ihre zentrale Bedeutung für Frieden und Freiheit, für die außenpolitische Verlässlichkeit und Handlungsfähigkeit Deutschlands. Die Bundeswehr steht in der tiefgreifendsten Umgestaltung seit ihrem Aufbau in den fünfziger Jahren. Am 3. Oktober 1990 begann in den neuen Bundesländern die Auflösung der alten Strukturen der NVA und zugleich der Aufbau der Bundeswehr Ost. Drastische Einschnitte waren erforderlich, aber auch Kontinuität, vor allem im Blick auf die mehr als 35.000 Wehrpflichtigen, die wir damals übernahmen. Ihnen eine bessere Ausbildung in unserem demokratischen Staat nach den Grundsätzen der Inneren Führung zu geben, war und ist eine der wichtigsten Prioritäten. So haben wir im Herbst kurzfristig über 2.000 Offiziere, Unteroffiziere und Beamte der Wehrverwaltung in die neuen Ländern entsandt, fast ausschließlich Freiwillige, deren Leistung hohe Anerkennung verdient. Wir übernehmen nach sorgfältiger Prüfung rund 18.000 Berufssoldaten der früheren NVA

zunächst nach den Vorschriften des Einigungsvertrages auf Zeit für zwei Jahre. Sie haben sich ganz überwiegend als lernfähig und engagiert erwiesen. Aber angesichts des sehr schlechten Zustandes der übernommenen Kasernen, des Wachdienstes für große Mengen an Waffen und Munition und der Umweltprobleme sind erhebliche Anstrengungen und beträchtliche Mittel erforderlich, um möglichst bald den Standard der Bundeswehr in den alten Bundesländern zu erreichen.

Der Umfang der Bundeswehr wird parallel zu dem vereinbarten Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Deutschland bis Ende 1994 auf 370.000 Soldaten zurückgeführt. Wir verbinden dies mit einer grundlegenden Reform der Führungsorganisation der Kommandobehörden und der Dislozierung. Diese große Aufgabe kann nur mit einer nachhaltigen und breiten Unterstützung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte in unserem Land in einer militärisch sinnvollen und für die Soldaten und zivilen Mitarbeiter sozial vertretbaren Weise gelingen.

Wir brauchen weiterhin eine gut ausgebildete, ausgerüstete und motivierte Bundeswehr.

So beruht unsere Sicherheitspolitik auf verschiedenen tragenden Prinzipien und Säulen. Bei allen Schwierigkeiten des Umbruchs und den Herausforderungen unserer Zeit lohnt es sich, die Chancen des Wandels zu nutzen und einen überzeugenden deutschen Beitrag für eine bessere Welt von morgen zu leisten.